

<https://www.srf.ch/play/radio/popupaudioplayer?id=1e761409-dc02-4b40-ab97-60967cf91119>

Begriffsbestimmung aus Wikipedia: Soft Law ist eine Bezeichnung für nicht verbindliche Übereinkünfte, Absichtserklärungen oder Leitlinien. Im Gegensatz zum Hard Law, zu dessen Vollzug sich die Beteiligten verbindlich verpflichten, stellt das Soft Law eine weniger strenge Selbstbindung dar, wobei dies nicht zwangsläufig Wirkungslosigkeit impliziert.

UNO Migrationspolitik SRF2 Kultur Radio – 06.11.2018 12:30h

In dem Migrationspakt will die UNO festhalten wie die Staaten mit Migranten und Migrantinnen umgehen sollen.

Der Pakt listet 23 Ziele auf, es geht um die Rechte für Migranten und legale Migration. Weltweit regt sich allerdings Widerstand gegen diesen Pakt USA und Österreich zum Beispiel wollen das Papier nicht unterschreiben und auch in der Schweiz wurde der Migrationspakt zum Politikum, zum Streit im Bundeshaus.

Willy Burkhard warum diese Diskussion, der Pakt ist ja nicht verbindlich?

Ja, sie haben recht der Pakt gehört zum Soft Law. Es gibt er in der UNO schon viele solche Soft Law-Verträge die nicht verbindlich sind. Aber wirkungslos ist es trotzdem nicht, man erwartet dass sich die Staaten an das Abgemachte halten
Zum Beispiel wird immer wieder die Formulierung gebraucht „Wir verpflichten uns,, verwendet.

Die Einhaltung die dann auch kontrolliert wird. Die UNO will ein Überprüfungsforum „Internationale Migration“ einrichten wie es in dem Pakt heisst, dieses würde ab 2022 alle vier Jahre den Staaten auf die Finger schauen, ob Sie den Inhalt auch tatsächlich umsetzen.

Und müssen die Staaten die gegen diesen Pakt verstossen mit Sanktionen rechnen?

Bei diesen so genannten Soft Law -Verträgen sind direkte Sanktionen nicht zulässig, aber Staaten die nicht kooperieren oder gegen diesen Soft Law verstossen werden angeprangert. Nach dem Prinzip: Es werden schwarze Listen erstellt und die entfalten durchaus ihre Wirkung. Die Erfahrung über die Jahre zeigt dann auch, dass sich die Soft Laws zur Gewohnheit entwickeln mit verbindlichen Charakter. Um einen Papier Tiger handelt es sich bei diesem UNO-Migrationspapier auf jeden Fall nicht.

Es ist jetzt mehrfach das Stichwort Soft Law gefallen, was heisst das jetzt konkret, gibt es andere Beispiele für solche Soft Law, von der die Schweiz betroffen ist.

Ja, das für uns bekannteste Beispiel sind wohl die internationalen Standards der OECD, die zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung dienen, dort wird die Einhaltung der Standards regelmässig überprüft, obwohl sie nicht verbindlich sind. Die Schweiz wird ebenso regelmässig kritisiert und mit der Drohung auf einer schwarzen Liste zu landen entsprechend eingeschüchtert

Wenn wir nochmal zum Migrationspakt zurückkommen. Welches sind denn eigentlich inhaltlich die Streitpunkte an denen sich die Schweizer Politik reibt?

Das ist ja ein sehr umfangreiches Dokument, sie haben ja gesagt 23 Ziele sind da aufgelistet mit zahlreichen Umsetzungsmassnahmen und die bleiben teilweise dabei einigermassen diffus, da lässt sich viel hinein interpretieren. Der Bund erkennt nur in einem einzigen Punkt einen Konflikt zum Schweizer Recht bei der Ausschaffungshaft, die bei uns schon bei Minderjährigen ab 15 Jahren möglich ist. Das will der Bundesrat auch so beibehalten und dazu nur eine Erklärung abgeben. Im Parlament erkennt man allerdings noch zahlreiche weitere Konflikte und dann auch die generelle Stossrichtung des Paktes ist umstritten. Wörtlich heisst es darin zum Beispiel: Wir wollen eine sichere, geordnete und reguläre Migration erleichtern und wer das nicht gut findet ist natürlich gegen diesen Pakt.

Das Parlament stört sich auch ganz grundsätzlich daran, dass es zum UNO-Migrationspakt eigentlich gar nichts zu sagen hat. Zieht es daraus Konsequenzen?

Ja im Parlamentsgesetz ist festgehalten, die Bundesversammlung wirkt bei der Willensbildung über wichtige aussenpolitische Grundsatzfragen und -entscheide mit. Weil der Bund allerdings immer häufiger internationale Soft Law's selbst übernimmt, fühlt sich das Parlament zunehmend übergangen. Der UNO Migrationspakt dürfte nun der Tropfen sein, der das Fass zum überlaufen bringt. Die staatspolitische Kommission des Nationalrates verlangt, dass der Entscheid über die Unterschrift unter den Pakt dem Parlament unterbreitet wird und die aussenpolitische Kommission, sie will die Mitsprache des Parlaments bei Soft Law -Verträgen ganz generell gesetzlich verankern. Die grosse Frage wird dabei sein, ab wann kann man tatsächlich von wichtigen Entscheiden sprechen, die dem Parlament unterbreitet werden müssen.

Mitschrift von dem Wortbeitrag in Radio SRF-2 Kultur